

Ressort: Politik

Schüler-Union kritisiert Rentendebatte

Berlin, 07.03.2019, 13:16 Uhr

GDN - Der Bundesvorsitzende der Schüler-Union, Finn Wandhoff (CDU), hat die aktuelle Rentendebatte als "unverantwortlich" gegenüber der jungen Generation kritisiert. "Es ist aus meiner Sicht schon ein Stück weit unverantwortlich, wenn man über Rentenerhöhungen diskutiert, obwohl man weiß, dass die Rentenkassen längst durch Steuern subventioniert werden", sagte Wandhoff der "Welt" (Freitagsausgabe).

Das Umlagesystem funktioniere nicht mehr. Reformen seien dringend nötig. "An uns Jugendlichen kann die Finanzierung jetzt nicht auch noch hängenbleiben. Ich glaube, dass die junge Generation da wesentlich verantwortungsvoller denkt als die ältere", so Wandhoff weiter. Er empfiehlt, die private Vorsorge zu stärken und dafür weitere Angebote zu schaffen. Man solle nicht darauf hoffen, "dass die jungen Leute das schon irgendwie schaffen. Das wäre unfair", so der Vorsitzende der Schüler-Union. Er fordert mehr Mitsprache der Jugend in der CDU: "Wir Schüler brauchen eine größere Präsenz in der Partei." Auf dem Bundesparteitag im vorigen Jahr, wo Annegret Kramp-Karrenbauer zur Parteivorsitzenden gewählt worden ist, habe es keinen einzigen bildungspolitischen Antrag gegeben. "Das darf eigentlich nicht sein. Als Schüler-Union fordern wir darum das Antragsrecht für den Bundesparteitag, um die Wege für unsere Themen kürzer zu machen", so Wandhoff. Grundsätzlich hält er neue Formen der Parteiarbeit für notwendig: "Die Mitgliederstrukturen aller Parteien sind viel zu starr und unflexibel. Der Parteiapparat ist für Menschen außerhalb und gerade für Jugendliche total unattraktiv", so der Bundesvorsitzende der Schüler-Union. Die klassische Parteimitgliedschaft müsse durch eine Unterstützerstruktur ergänzt werden. "Die alten Strukturen sind da wie eine unüberwindbare Mauer. Man muss den Leuten eine Brücke bauen, damit sie da irgendwann drüber kommen", sagte Wandhoff der "Welt". Den Einsatz der Schüler, die freitags regelmäßig für den Klimaschutz demonstrieren, kritisierte er. "Freitagsspaziergänge sind nicht genug. Wer Politiker auf ihr Fehlverhalten aufmerksam macht, muss auch selber politisch tätig werden", so Wandhoff. Man müsse sich dort einsetzen, wo am Ende die Entscheidungen fielen, "und das sind nun einmal die Parteien und Organisationen wie die Schüler Union. Das geht dann auch außerhalb der Schulzeit", so der Vorsitzende der Schüler-Union weiter. Von seiner Partei erwartet er, dass sie sich im Kampf gegen Antisemitismus in Schulen stärker engagiert und bundesweit für ein starkes eigenständiges Fach Politik eintritt. "Wir brauchen mehr politische Bildung. Schulen müssen der zentrale Ort für die politische Bildung sein. Politik sollte ab der Sekundarstufe I verpflichtend an allen Schulen in einem extra Fach unterrichtet werden", sagte Wandhoff der "Welt". Darauf sollten sich alle Bundesländer einigen, unabhängig vom Bildungsföderalismus, weil es gesellschaftlich essenziell sei.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-121170/schueler-union-kritisiert-rentendebatte.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDSStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168

Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com